

# Volksstimme

Einzelpreis 900 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1784, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postbelegkarte 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: monatlich 2,000 M. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 2,000 M. Anzeigengebühr: Die 10gespaltene 27 Millimeter breite Nonpareilzeile 1800 M., auswärts 2000 M., im Restriemittel die dreizehnpaltene 30 Millimeter breite Zeile 7500 M., auswärts 9500 M. Vereinständer Zeile 1800 M. Anzeigenrabatt sehr vorzuziehen, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postkontokonto Nr. 127 Magdeburg.

Nr. 172.

Magdeburg, Freitag den 27. Juli 1923.

34. Jahrgang.

## Gefährliches Spiel!

Die Kommunisten haben zum 29. Juli eine große Parade angezettelt, die den Arbeitern gegenüber als „Antifascistentag“ ausgegeben wird. Mit blutrünstigen Redensarten sind die Spalten der kommunistischen Presse erfüllt — worüber sich die deutschen Rechtspolitiker diebisch freuen; denn damit wird ihnen eine ausgezeichnete Parole geliefert, um am 29. Juli ebenfalls auf die Straßen zu gehen. So in Berlin, in Halle und andern Orten, wo die Rechtsradikalen glauben, noch mehr oder doch besser organisierte Massen auf die Beine bringen zu können, als die Kommunisten.

Während man so von links und rechts tut, als wollte man sich gegenseitig aufreffen, wird hinter den Kulissen eifrig an dem Bündnis zwischen Sakentanz und Sowjetstern gearbeitet. Das „Hamburger Echo“ veröffentlicht ein Rundschreiben der kommunistischen Zentrale, in dem es u. a. heißt:

Ihr habt wohl alle die glänzende Rede des Genossen Radel über Schlageter gelesen. Mancher hat sich vielleicht dabei nicht ganz wohl gefühlt und mancher hat sich vielleicht über den Ton gewundert, mit dem Radel zu den deutschen Faschisten spricht. Aber schon jetzt läßt sich feststellen, daß der Eindruck seiner Rede in den Reihen der Nationalisten ein gewaltiger war. In dem kommenden Bürgerkrieg, der jetzt eine Notwendigkeit ist, und von unsern Gegnern mit aller Planmäßigkeit vorbereitet wird, müssen wir Opfer sparen. Das hängt natürlich davon ab, inwieweit es uns gelingen wird, schon jetzt einen Teil der Kleinbürgerlichen Kreise für uns zu gewinnen. Das ist nicht unmöglich, dafür haben wir unzählige Beispiele aus Deutschland, das beweist auch der Eindruck der Rede des Genossen Radel, und es ist tatsächlich so, daß, wenn wir es gut verstehen, diese ehrlichen nationalen Kreise richtig anzupacken, es uns nicht schwer sein wird, ihnen zu beweisen, daß die einzige Rettung für sie und das von ihnen so heiß geliebte Deutschland nur in dem mit uns gemeinsamen Kampfe besteht. Bereits in unzähligen Fällen hat eine solche Situation unter den nationalen Kreisen gute Erfolge gezeigt.

Zum Schluß wird dann den Genossen gesagt, sie sollten nicht so sehr begriffstübig sein, es sei die dringendste Pflicht der Bezirksleitungen und Funktionäre, in dieser Hinsicht Aufklärung zu schaffen. Der Antifascistentag, der von den Kommunisten mit so großem Lärm inszeniert wird, sollte also den zukünftig Verbündeten nur beweisen, wie stark die kommunistische Bewegung ist und wie es sich deshalb notwendig macht, sich mit ihr, wie es so schön heißt, „zu gemeinsamem Kampfe zu vereinigen“.

An die deutschen Faschisten wendet sich die kommunistische Zentrale mit einem Aufruf, der eine ganze Seite der „Roten Fahne“ füllt. Von jüdischen Kapitalisten ist darin die Rede, die sich durch die Ausbeutung des deutschen Volkes mästen, von „tapfern, uneigennütigen Männern“, die von der Hand des französischen Senfers fallen, weil sie Sabotageakte begehen. Vom Kampfe gegen die Entente wird gesprochen, und die Zentrale versichert:

Der Kampf an der Ruhr muß geführt werden, und wir lehnen prinzipiell kein Mittel dieses Kampfes ab. . . .

Aussicht auf Sieg sei aber nur, wenn sich die deutschen Faschisten mit den Kommunisten und mit Rußland verbünden:

Wenn Ihr zusammen die Regierung in die Hand nehmt, Ihr seid die Mehrheit des deutschen Volkes, Ihr könnt sie leicht erobern, wenn Ihr nur einig vorgeht. . . .

Zum Schluß bietet die kommunistische Zentrale die „Hand zu einem Schutz- und Trutzbündnis“ und versichert, daß dann die deutschen Faschisten, die „ehrliehen nationalen, Kleinbürgerlichen Kreise“, wie es in dem oben erwähnten Rundschreiben heißt, die Kraft finden werden, „die die Ketten von Versailles sprengt“. Ganz offen wird ausgesprochen, daß am 29. Juli die Kommunisten zeigen wollen, wie groß die Massen sind, die hinter ihnen stehen und für ein Bündnis mit den Faschisten bereit sind.

Das kommunistische Werben um die Massen und die Häute der Faschisten ist also bitter ernst zu nehmen. Um so ernster, als in dem kommunistischen Rundschreiben vom Bürgerkrieg gesprochen wird, der „jetzt eine Notwendigkeit ist“. Für den Bürgerkrieg rüsten die Kommunisten Hilfstruppen, für den Bürgerkrieg wollen die Kommunisten mit den Faschisten sich verbünden. Die Kommunisten bilden sich ein, aus einem Bürgerkrieg als Sieger hervorzugehen, die gesamte nichtkommunistische bzw. nichtfaschistische Bevölkerung unter ihr Joch spannen zu können.

Wie so oft täuschen sich die Kommunisten ganz gewaltig über ihre Kampfkraft und unterschätzen den Gegner.

Sie täuschen sich über die Werbekraft ihrer „Parolen“. Das kann für die gesamte deutsche Arbeiterschaft von katastrophalen Folgen sein: es ist sehr zu befürchten, daß die Kommunisten (unter Nachhilfe von Spitzeln!) irgendwo zur „Aktion“ übergehen und damit das lang ersehnte Signal zum faschistischen Putz geben. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben darum die Pflicht, in den Betrieben auf die kommunistischen Arbeiter einzutwirken, ihnen die Gefahren klarzumachen, in welche die kommunistische Zentrale die gesamte deutsche Arbeiterschaft treibt. —

### Zum Parteifest in Magdeburg.

Die Reichsregierung hat von den Regierungen der Einzelländer Maßnahmen gefordert, um Zusammenstöße zwischen der äußersten Linken und der äußersten Rechten zu verhindern. Die preussische Regierung hat demgemäß die Oberpräsidenten angewiesen, bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel und öffentlichen Umzüge zu verbieten.

Ein entsprechendes Verbot ist auch für die Provinz Sachsen erlassen worden.

Betroffen wird davon auch das Magdeburger Parteifest am Sonntag den 29. Juli. Es muß deshalb eine Programmänderung vorgenommen werden: die geplanten Umzüge mit Musik, der

**Marfch durch die Stadt muß unterbleiben.**

Im übrigen wird das Parteifest in der geplanten Weise abgehalten werden.

Parteilosen von auswärts, die am Parteifest auch unter diesen Umständen teilnehmen wollen, werden gebeten, sich direkt vom Bahnhof zum Klosterberggarten zu begeben.

Der Bezirksvorstand. J. A.: Gustav Ferl.

### Rechtschwengung in Württemberg.

Es hat den Anschein, als ob Württemberg sich allmählich zu einem zweiten Bayern entwickeln wollte. Die nationalsozialistische Agitation ist vor etwa einem Jahre von Bayern aus in das benachbarte württembergische Gebiet hineingetragen worden und hat sich seitdem mit riesigem Selbstaufwand und unter Ausschüttung der durch den Ruhrkampf der Franzosen in weiten Volkskreisen erzeugten nationalistischen Stimmung in bedenklicher Weise ausgedehnt. In vielen württembergischen Gemeinden bestehen heute nationalsozialistische Ortsgruppen, die ihre Stof- und Sturmtruppen, Sondereinheiten und neuerdings auch „Regimenter“ bilden und in mehr oder weniger verkleideter Form

Übungen militärischer Art

abhalten. Unsere Presse war wiederholt in der Lage, über Nachmärsche und nächtliche Manöverbungen aufs genaueste zu berichten, und vor einigen Tagen machte einer unserer Abgeordneten im Landtag Mitteilung von engen Verbindungen zwischen gewissen Reichswehroffizierskreisen und nationalsozialistischen Führern sowie von gemeinsamen Übungen württembergischer Nationalsozialisten und bayrischer Reichswehr auf dem großen Truppenübungsplatz Münsingen.

Die Sprache, die die Nationalsozialisten in ihren Versammlungen und in ihrer Presse führen, läßt keinen Zweifel darüber, daß es sich bei diesem Treiben nicht, wie gewisse Bekleidungsgrößen glauben machen wollen, um ein harmloses Räuber- und Gendarmenspiel, sondern um eine Gefahr für die demokratische Republik

und für das deutsche Staatswesen überhaupt handelt. Denn sowohl der Bürgerkrieg, auf den die Hintermänner dieser ideenlosen Bewegung abzielen, als auch ein Waffengang mit Frankreich, der in zahlreichen Wirtsköpfen spukt, müßte das Deutsche Reich völlig zugrunde richten. Aber auch ohne das eine dieser beiden großen Gefahren Wirklichkeit zu

werden braucht, fügt der nationalsozialistische Unfug unserm Volks- und Staatsleben schwersten Schaden zu. Er verschärft die Gegensätze im Innern, steigert den Argwohn des Auslandes und erschüttert innen und außen alle Hoffnung und alles Vertrauen, daß Deutschland wieder gefunden werde. Die württembergische

Regierung aber läßt die Dinge laufen.

Wie erklärt sich das?

Nach den letzten gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 vorgenommenen Landtagswahlen trat unsere Partei aus der Landesregierung aus. Demokraten und Zentrum bildeten darauf eine Minderheitsregierung. Das Ministerium des Innern, das bis dahin von einem Parteigenossen geleitet worden war, wurde mit dem Zentrumsgabgeordneten Graf besetzt. Die neue Regierung arbeitete mit wechselnden Mehrheiten, d. h. sie nahm bald von der deutschnationalen Rechten, die sich in den ländlichen Teilen des Landes Bauernbund, in den städtischen Bürgerpartei nennt, bald von der Sozialdemokratie Unterstützung an. In allgemein politischen Fragen, in denen das von dem Demokraten Dr. Sieber geleitete Kabinett hinter den Reichskabinetten Fehrenbach und Wirth stand, stützte es sich auf die Sozialdemokratie; in den Fragen der innern Polizeiverwaltung war dagegen die Politik des Ministers Graf halbwegs gerichtet.

Da das Minderheitskabinett sich dauernd in Unsicherheit befand und unsere Partei sich weder die Vorteile der Regierung noch die der Oppositionspartei voll zunutze machen konnte, begegneten sich beide in dem Wunsche nach Wiedereintritt der Sozialdemokratie

in die Regierung. Dieser erfolgte im November 1921 durch den Eintritt eines Sozialdemokraten in das fünfköpfige Kabinett, der das Arbeits- und Ernährungsministerium übernahm. Es ergab sich aber bald, daß der Einfluß unserer Partei dem Maße von Verantwortung für die Regierungspolitik, das sie zu übernehmen hatte, nicht entsprach. Alle Versuche unserer Fraktion, die starken Rechtsneigungen des Ministeriums des Innern abzuweichen, blieben erfolglos.

Anfang Mai d. J. starb Minister Graf. Jetzt erhob unsere Fraktion, die inzwischen durch die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien mit ihren 27 Mitgliedern zur stärksten innerhalb der Regierungskoalition geworden war,

Anspruch auf das Ministerium des Innern.

Das Zentrum wies diesen Anspruch scharf zurück und wurde dabei von dem rechten Flügel der Demokratischen Partei unterstützt. Da auch alle andern Vorschläge zur Verstärkung unsers Einflusses in der Regierung in einer von unserer Fraktion als unfreundlich empfundenen Weise abgewiesen wurden, lehnte die Fraktion eine weitere Beteiligung an der Regierung ab. Das Ministerium des Innern übernahm der das Zentrum führende bisherige Justizminister Holz. Justizminister wurde der dem Zentrum angehörende Oberregierungsrat Beyerle. Die beiden demokratischen Minister Schall (Finanzen) und Dr. Sieber (Kultur und Präsidium) blieben in ihren Ämtern, das Arbeits- und Ernährungsministerium wurde nicht endgültig neu besetzt, sondern die Geschäfte des Ministers bis auf weiteres dem parteipolitisch neutralen Ministerialdirektor dieses Ministeriums, Rau, übertragen.

Holz scheint nun in der Leitung der innern Verwaltung ganz in den Fußstapfen seines verstorbenen Parteigenossen Graf, den er während einer langen Krankheit vertreten hat, wandeln zu wollen. Er gestattet es, daß die Polizei — ganz wie in Bayern — mit aller Schärfe gegen die Kommunisten vorgeht, aber den nationalsozialistischen

Gebern zum Bürgerkrieg volle Bewegungsfreiheit

läßt. Im Dezember d. J. war infolge von blutigen Ereignissen, die bei nationalsozialistischen Versammlungen in Geislingen und Göppingen vorgekommen waren, ein Verbot aller öffentlichen Versammlungen ausgesprochen worden. Die Nationalsozialisten verhöhnten dieses Verbot durch dreifache Umgehungen, ließen bei ihren unter anderer Bezeichnung veranstalteten Zusammenkünften sogar Redner sprechen, die in Bayern Redeverbote hatten, und das Ministerium des Innern schied dazu. Eine gegen Sturmtruppen, Sondereinheiten usw. gerichtete Ausnahmeverordnung vom April d. J. wurde nicht in einem einzigen Falle gegen rechts, wo militärisch gerüstete Organisationen dieser Art ganz offen auftraten, sondern nur gegen die Kommunisten angewendet, die tagtäglich mit ihren proletarischen Sondereinheiten kräftigst, aber keine besitzten. Während

diese Verordnung im Augenblick ihres Erscheinens von der Rechtspreffe mit Gift bespritzt wurde, lehnte die äußerste Rechte im Landtag dieser Tage gemeinsam mit den Regierungsparteien den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Verordnung ab. Die republikfeindlichen Rechtsboschwerden fühlen sich eben sehr wohl unter der Ausnahmeverordnung.

Sowohl innerhalb der Demokratischen als der Zentrumspartei wird die Haltung des Ministers Holz nicht einmütig gebilligt. Ein starker

#### linker Flügel der Demokraten,

der in der Berliner, Frankfurter und selbst der schweizerischen Demokratien seine Mahn- und Warnrufe hat vernachlässigen lassen, sieht mit großer Besorgnis der Zukunft entgegen, vermag sich aber in der Landtagsfraktion nicht durchzusetzen. Im Zentrum ist es der von der katholischen Arbeiterfraktion getragene Flügel, dem die Haltung des Holz Bellemungen verursacht. Die Bauern, Schulheizer und Beamten im Zentrum bedecken indessen ihren Innenminister. Die Beweggründe hierfür liegen teils in grundsätzlicher Abneigung gegen die demokratische Republik, teils in der Besorgnis, daß die Rechte mit ihrer demagogischen Agitation die Bauernschaft des Zentrums kopfschief machen könnte. Sucht doch die Rechte selbst die Hoheitsrechte des Staates gegenüber den Kirchen preiszugeben, nur um das Zentrum

#### von der Demokratie loszureißen.

Diesen Versuchungen vermag der rechtsgerichtete Teil des Zentrums nicht zu widerstehen. Er verläßt sich darauf, daß das Zentrum (23) und die Deutschnationalen (28), zu denen sich die Volksparteier (4) noch gesellen würden, über eine Mehrheit verfügen und wenn die Demokraten nicht parieren, eine Rechtsregierung bilden könnten. Daher auch die ängstliche Zurückhaltung, deren Führer Sieber zwar das Treiben gewisser Heiser von rechts ein Verbrechen nannte, die aber ihren Worten die Taten nicht folgen lassen.

Vom Parteistandpunkt aus betrachtet, bringt uns diese Entwicklung der Dinge nur Vorteil, denn unsere Bewegung ist durch sie von neuem Kampfeifer erfüllt worden. Wie aber Staat und Volk dabei fahren werden, ist eine andre Frage. Wilhelm Reil.

#### Der Feind im Innern.

Wie der Egoismus der Landwirtschaft die gegenwärtige mit Gefahren geschwängerte Lage weiter verschärft, beweist ein Seldensrückchen des Württembergischen Bauernbundes, der den Boykott über den Stuttgarter Markt erklärt hat, weil in der letzten Zeit die Stuttgarter Rucherröste ihre Pflicht tat, bei Preisübersteigerungen eintritt und die Waren zu angemessenen Preisen verkaufte.

In den letzten Tagen zeigten sich die Wirkungen dieses Boykotts. Die Anfuhr von landwirtschaftlichen Produkten war äußerst gering. Die Hausfrauen konnten demzufolge nichts kaufen. Die Erbitterung in Stuttgart ist also nur natürlich. Wenn die Bombe explodiert, wie in Breslau und Frankfurt, dann fühlen sich die Vertreter der agrarischen Interessen verpflichtet, diese Explosion durch sozialdemokratische Erze zu erklären.

Die württembergische Sozialdemokratie hat Veranlassung genommen, die Regierung des Boykotts wegen zu befragen. Zweckmäßig erscheint es, die Drahtzieher des Württembergischen Landbundes, weiß sie mit dem Feuer spielen, sofort hinter Schloß und Riegel zu bringen.

#### Kleines Feuilleton.

##### Das Kind und der Krieg.

Genosse Dr. Wolf Braun, der jenseits aus London zurückgekehrt ist, schreibt uns:

Es waren zusammen in einem gemeinschaftlichen Hause, wie es nur England kennt. Die Deutschen, die das französische und das Deutsche wie ihre Muttersprache beherrschten, die viele Personen unter Bewegung kamen, hatte neben sich einen Franzosen und einen Deutschen. Sie fragte den Deutschen nach Willi Braun und nach Otto Bruna, die beide während des Krieges verlorengingen. Die Engländer antworteten so wenig, was während des Krieges in Deutschland geschahen ist. Die Frage nach Willi und Otto Braun veranlaßte den französischen Redner, den Genossen Otto Braun zu erzählen, was ihm an Otto als vierjährigem Knaben zu tief gerührt habe.

Es war in Paris vor zwei Jahrzehnten. Willi Braun, die ihren Sohn vermisst hatte, arbeitete in der Internationalen Arbeiterassoziation. Sie war eines Tages mit Jacques bei Léon Blum eingeladen. Jacques und Léon Blum saßen gleich beim Eintritt der Frau über diese Veranlassung, die sich mit ihrem Gemütszustand, auf Gehör, sagte sie, daß sie sich nicht mehr beruhigen könne über ein Gespräch, das ihr kleiner Junge, bevor sie das Haus verlassen hatte, mit ihr geführt habe. Sie erzählte:

„Ich ging mit dem Jungen. Da kam ein Regiment Soldaten mit musketierten Köpfen und einem General und alle gingen ins Hofe durch die Gassen des Hofes. Der Junge sah die Soldaten an und fragte: „Was sind das für Menschen?“ Die Soldaten sahen den Knaben an, schauten ihn nicht, er wollte wissen, was Soldaten sind, was Soldaten zu tun hätten. Alle Reden der Mutter, des General, des Soldaten schickte er weg. Zuletzt sagte die Mutter, die Soldaten werden mit uns den Krieg machen. „Was ging das Jungen mit mich machen. Was denn der Krieg ist? Die Mutter erklärte und sagte, daß der Krieg ein Kampf ist und das ist. „Denn fragte der Junge, ob auch er Soldat sein und auch in den Krieg mit. Da antwortete die Mutter: „Du wirst! Du bist noch ein kleines Kind. Soldat wird man erst mit 16 Jahren. Dem Vater und keine Mutter werden unruhig, daß niemals mehr Krieg ist.“

„Dann war das Gespräch zu Ende. Mutter und Kind blieben noch einige Minuten. Dann sagte sie zu einem Scherzhaften und erklärte, daß die Soldaten sich nicht mehr beruhigen könne über ein Gespräch, das ihr kleiner Junge, bevor sie das Haus verlassen hatte, mit ihr geführt habe. Sie erzählte:

„Ich ging mit dem Jungen. Da kam ein Regiment Soldaten mit musketierten Köpfen und einem General und alle gingen ins Hofe durch die Gassen des Hofes. Der Junge sah die Soldaten an und fragte: „Was sind das für Menschen?“ Die Soldaten sahen den Knaben an, schauten ihn nicht, er wollte wissen, was Soldaten sind, was Soldaten zu tun hätten. Alle Reden der Mutter, des General, des Soldaten schickte er weg. Zuletzt sagte die Mutter, die Soldaten werden mit uns den Krieg machen. „Was ging das Jungen mit mich machen. Was denn der Krieg ist? Die Mutter erklärte und sagte, daß der Krieg ein Kampf ist und das ist. „Denn fragte der Junge, ob auch er Soldat sein und auch in den Krieg mit. Da antwortete die Mutter: „Du wirst! Du bist noch ein kleines Kind. Soldat wird man erst mit 16 Jahren. Dem Vater und keine Mutter werden unruhig, daß niemals mehr Krieg ist.“

#### Wie Frankreich arbeitet.

Das offizielle Frankreich von heute lebt in der Angst vor der deutschen Invasion, und je stärker es auf das mehrlose Deutschland drückt, desto mehr steigt diese Furcht. Wenn schließlich doch einmal die französische Rheinarmee abziehen müßte — man kann ja nicht wissen, wie undankbar die Welt den Vorkämpfern des Rechts und der Zivilisation einst sein könnte —, dann sollen Rheinland und Saargebiet fest in der Hand Frankreichs sein.

Diesem Zweck dient die systematische Vertreibung aller nichtrheinischen Beamten, obwohl die Rheinländer selbst ebenjowenig von jenem Rheinstaat wissen wollen, der in Wahrheit ja nur ein französisches Departement sein würde. Im Saargebiet wird die Franzöisierung durch Frankenzwang und Entdeutschung der Schulkinder betrieben. Ist es dort die Rheinlandkommission Tirards, so hier die völkerverbundliche Saarregierung Raults, die Frankreichs Los-trennungssabichten dient. Ueber die dabei verübten Praktiken berichtet der „Saarbergknapp“:

Als Ostern einige Bergleute ihre Kinder aus der französischen Schule abmelden wollten, gab der französische Schulleiter den Kindern in der Schule bekannt, daß die Väter, die ihre Kinder abmelden, entlassen würden. Kaum hatte einer der Bergleute sein Kind aus der Schule genommen, als ihm am anderen Tage schon der Entlassungsschein zugestellt wurde. Auch ein Hauswerker meldete in demselben Orte sein Kind ab; sein Sohn aber, der auf der Grube arbeitet, erhielt sofort seine Entlassungspapiere.

Die französische Bergbauverwaltung, die nur wirtschaftliche Aufgaben kennen will, bestreift damit die gleiche Politik wie bei ihrem Häuserkauf. In Saarbrücken allein hat sie schon eine fünfliche Menge von Häusern angekauft. Da es im Saargebiet die bei der ungeheuren Wohnungsnot nur zu berechtigter Unzufriedenheit der Mieter nicht gibt, ebenso kein Miet-einigungsamt besteht, so können mißliebige (hies: deutsche) Personen ohne weiteres vor die Tür gesetzt werden. In mehreren Fällen mußten Leute innerhalb von 3 Tagen ihre Wohnungen in den von der Bergverwaltung gekauften Häusern räumen.

Der verräterische Dorn zieht einen neuen Schwindel auf: er gründet Vereine unter der Firma der Deutschen Friedensgesellschaft; sie wehrt sich öffentlich gegen diesen treuen Mißbrauch.

Deutlich spricht endlich auch die Tatsache, daß wegen einer Verprügelung von Rheinländern der Beigeordnete Marx und der sozialdemokratische Parteisekretär Zimmer in Bonn aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind.

Der Kölner Vertreter der „Times“ lenkt in einem Telegramm die Aufmerksamkeit darauf, daß eine Reihe von Personen, die nach dem Anschlag auf Smeets als verdächtig verhaftet wurden, noch immer gefangen gehalten werden, obwohl es nicht gelungen sei, ihnen nachzuweisen, daß sie mit dem Anschlag etwas zu tun gehabt haben. Der Berichterstatter fragt, ob diese unklaren Personen, die seit vier Monaten in Untersuchungshaft sitzen, auf Ermüden Tirards noch festgehalten werden und ob sich Smeets bei Tirard bedankt habe. Die Angelegenheit scheint zu einem rechten Skandal zu werden und erhebliche Aufmerksamkeit. Köln ist englisches Besatzungsgebiet! —

#### Deutschnationale Wahrheitsliebe.

Genosse Dittmann, der die sozialdemokratische Fetschenbach-Interpellation im Reichstag begründete, schreibt uns:

Der Erlanger Theologieprofessor Dr. Straßmann, der im Reichstag als Redner der deutschnationalen Fraktion für die Aufrechterhaltung des Justizurteils gegen Fetschenbach eintrat, hat am 9. Juli d. J. in der „Kreuz-

zeitung“ einen Artikel mit dem Titel „Wer ist Fetschenbach?“ veröffentlicht. Um Fetschenbach als blutrünstigen Revolutzler erscheinen zu lassen, erzählt Strathmann mit dem Anspruch des Ohren- und Augenzugen:

Nach der Ermordung Eisners bemühte Fetschenbach sich, die Leidenschaften der Masse mit der Losung „Mache für Kurt Eisner aufzupeitschen, um sie politisch auszunutzen. Ich sehe ihn noch inmitten einer uniformierten, bewaffneten Horde auf einem Lastauto mit diesem Schladiruf auf den Lippen und mit fanatisch verzerrtem Gesicht durch die Straßen Münchens rasen.

Daran ist kein Wort wahr. Das stellt — o Pech, Herr Dr. Strathmann! — das Urteil gegen Fetschenbach fest, das auf Seite 9 wörtlich sagt:

Auch auf dem letzten Gange Eisners, am 21. Februar 1919, als dieser ermordet wurde, war Fetschenbach sein Begleiter, Eisner starb unmittelbar nach dem Mord. Fetschenbach entwickelte eine erstaunliche Ruhe und Umficht. Zur Beruhigung der Truppen und Münchner Bevölkerung erließ er sofort einen Aufruf. Ueber die Ermordung Eisners und das unmittelbar darauf im Landtag verübte Revolverattentat auf den Minister Auer berichtete Fetschenbach noch am gleichen Nachmittag in einem außerordentlich klaren und mit historischer Sachlichkeit abgefaßten Bericht an die bürgerliche Presse „Nationalzeitung“, deren Mitarbeiter Fetschenbach Mitte Februar geworden war.

So sorgt der alldeutsche Volksgerichtsvorsitzende Oberlandesgerichtsrat Dr. Gatz im Urteil über Fetschenbachs Verhalten nach der Ermordung Eisners. Und den Mann, der „eine erstaunliche Ruhe und Umficht entwickelt“, der „zur Beruhigung der Truppen und der Münchner Bevölkerung sofort einen Aufruf erlassen hat“, will Herr Doktor Strathmann „mit fanatisch verzerrtem Gesicht, Mache für Kurt Eisner fordern, durch die Straßen Münchens rasen gesehen“ haben. Leidet Herr Dr. Strathmann an Gallus-inationen und Visionen oder hat er den „rasenden Fetschenbach“ etwa gar mit vollem Bewußtsein erfunden, um besser betreiben zu können, was er beweisen wollte: „Der Jude muß verbrannt werden!“? Jedenfalls ist Herrn Strathmanns Erzählung das Gegenteil der Wahrheit. Sicht deutschnationale Kampfesweise allerdings. —

#### Eine Lehrertragödie.

Welch rücksichtslosen Gewissenszwang die Bauern unter Führung ihres Geistlichen auch heute noch da ausüben, wo sie die nötige Macht dazu haben, dafür ist eine Lehrertragödie in dem Dorfe Goffelden bei Marburg ein bezeichnendes Beispiel.

Im Sommer 1922 hatte der Kreislehrerverein Marburg, gestützt auf die Reichsverfassung und einen Erlaß des preussischen Kultusministers, beschlossen, das in Hessen übliche Leichen-singen der Schulkinder vor dem Trauerhaus und am Grab einzustellen. Die Abschüttlung dieses alten Jopfes ging in den meisten Gemeinden schmerzlos vor sich, nur die Bauern in Goffelden fühlten sich als geschlossene reaktionäre Phalanx stark genug, dem Lehrer die Befreiung vom Gewissenszwang unmöglich zu machen und ihn weiterhin zur alten Übung zu zwingen.

Der seit 36 Jahren in der Gemeinde tätige Lehrer und Organist blieb dem Beschluß des Lehrervereins treu, bot sich jedoch dem Pfarrer gegenüber an, den Gesang der Trauergemeinde zu leiten zu wollen. Das wurde ihm jedoch bei der nächsten Beerdigung unmöglich gemacht, er wurde von dem Friedhof entfernt. Der greise Lehrer erlitt infolge dieser gemütschönen Behandlung einen Nervenstoß, der den Gemeindegewaltigen nun erst recht Anlaß gab, den Kampf gegen den Lehrer mit den besten Mitteln durchzuführen.

Es wurde eine Liste in Umlauf gesetzt, in welcher sich jeder Einwohner bei einer Geldstrafe von 20 000 Mark verpflichten mußte, den beiden Lehrern — denn der zweite Lehrer hatte sich geweigert, für seinen kranken Kollegen unter diesen Umständen den Kirchen-

der Kunstgeschichte tätig. Daß einem Schweizer, also einem ersten Republikaner das Leben in München keine Freude macht, ist leicht zu begreifen! —

„Jugend und Bühne“. Auf der vom 3. bis 5. September in Berlin stattfindenden Tagung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht soll durch Vorträge und Ausführungen gezeigt werden, wie das Jugendspiel sich aus bloßer Nachahmung des Berufslebens zu einer lebendigen, aus dem Gemeinschaftsgeist der Jugend heraus entwickelten Gestaltung bringen läßt. Neben Vorträgen werden Aufführungen des bisher Erreichten gezeigt. Als Redner sind gewonnen: Walter Bladette (Eggersburg), Julius Bladette (Hamburg), Joseph Döber (Frankfurt a. M.), Anton Eismann (München), Dr. Julius Frankenberg (Frankfurt a. M.), Georg Wälsch (Berlin), Professor Dr. Andre Jolles (Leipzig), Dr. Hans Lebede (Berlin), Direktor Martin Wierke (Wiederode), unser hiesiger Parteigenosse E. R. Müller, Erich Scharff (Hamburg) und Lothar Schreyer (Weimar). Aufgeführt werden: Ein mit Hamburger Volksspielerinnen erarbeitetes Langmärchen von Anna Selms; eine Primaner-Comödie des Frankfurter Goethe-Gymnasiums „III“; ein Wiedersdorfer Spiel; ferner das unfrer Magdeburger Jugend bereits bekannte „Spielmanns Schuld“, dargestellt von einer Gruppe der Berliner Arbeiterjugend; „Loth“, ein Weckspiel (Münchener Neudeutsche und Wanderbühne), das Spiel vom Gastmännchen (Spielgruppe Bladette); „Der Länger unserer lieben Frau“, ein Legendenpiel (Frankfurter Neudeutsche und Quindorfer) und Lothar Schreyers „Nordspiel“. Teilnahmefacten formen 3 Mark multipliziert mit dem Buchhändlerindex vom 15. August und sind möglichst zeitig bei der Geschäftsstelle des Zentralinstituts, Berlin W 35, Potsdamer Straße 120, zu bestellen. —

Der Schulfilm in Frankreich. Der französische Unterrichtsminister hat einen Aufruf an die Öffentlichkeit erlassen und die Freigebigkeit reicher Stifter angerufen, um den Anlauf von Schulfilmen für den Unterricht zu ermöglichen. Für die Schulfilmfabrikation ist eine erhebliche Steuerermäßigung vorgesehen, wenn es sich um wirklich pädagogische Filme handelt. Diese pädagogischen Filme, die in erzieherische und belehrende Zwecke fallen, sollen in dreifacher Zusammenarbeit der Lehrer, der Film-fabrikanten und der Operateur hergestellt werden, wobei die einzelnen Gruppen die Elemente des Films, die Anordnung des Stoffes und die präzise Technik zu bestimmen haben. Die Schulfilme sollen im Prinzip die Ergänzung der Lehrbücher bilden und den Schülern das Material in anschaulicher, leicht-verständlicher Weise erläutern. Um die notwendigen Projektions-apparate anzuschaffen, hat das Kultusministerium den Finanzminister beauftragt, daß in Frankreich zukünftig der Schulfilm als ein wichtiger Faktor in der Erneuerung des kulturellen und nationalen Lebens zu betrachten ist. Es ist dies der erste Fall, daß ein Staat offiziell für die Einführung des pädagogischen Films eintritt. —

#### Volksrecht. Die Jenaer Theaterzeit schloß mit einer Gattinchen des Reininger Landes-theaters, zu deren Vermählung sich die Volksbühne Thüringen mit der Volksbühne und deren Komitee für Volksunterhaltungsbände zusammengeschlossen hatten. Von Tag zu Tag nahmen die Vorbereitungen, teilweise in den großen Volksbühnen-Verlag, mehr spielerischen Charakter an. Außer drei Klavierbegleitern brachte das Orchester Karl Hauptmanns „Abrahams Lächeln“ und eine Gesamtanföhrung von Georg Kaisers „Das Trilogie. Der erste Versuch einer solchen Gesamtanföhrung habe anlässlich der Ueberspielung der Volksbühne Thüringen in Jena unter großem Eindruck stattgefunden, und auch bei der Wiederholung in Jena zeigte sich, daß wir hier ein wirkliches Kult- und Weckspiel aus dem Geist unserer Zeit heraus heißen. — Der Jubiläum unserer Stadt-Szene zu besonderer Beachtung empfohlen. —

„Südbadische Kunst. In Florentiner Kunsthandl. konnte Wilhelm v. Hode kürzlich ein kleines Relief — Bildnis des Dogen Johannes Gostani — um eine Kleinigkeit erwerben. Denn allerdings war das Bild als moderne Fälschung abgelehnt worden, weil es „zu gut ist, um echt sein zu können; so ein ausgezeichnetes Werk kann jetzt nicht mehr in den Handel“. In Wirklichkeit ist es ein Werk der Renaissance, die Fälschung ungewiss, aus dem 15. Jahrhundert. Jede aber unternehmend im neuen Jahrbuch der neuen „Südbadische Kunst“ einen weichen Ausweis: er erweist sich ein Werk des großen Donatello aus dessen Zeit in Padua, worin eine Reihe immer und häufiger Beziehungen besteht. Die Formen des etwa 14jährigen Seneca der Republik sind an ihrem Spitz ein hohes Denkmal der Kunst, und die wenigen Familienmitglieder des Seneca ebenfalls treu naturgetreu als monumental wiedergegeben. —

„Was der Welt der Wissenschaft. Vom 2. bis 6. August findet in Nürnberg der fünfte Eipercanto-Bellon-Tag statt. Ehrenpräsident ist der Reichspräsident, erster Vizepräsident der Leiter des Deutschen Esperanto-Bundes, Oberpräsident Herr Dr. Dietrich Schlegel, zweiter Vizepräsident des Esperanto-Bundes Herr Dr. Hermann (Nürnberg). In den allgemeinen Arbeiten werden die Berichte der fünf regionalen Esperanto-Kongresse erörtert. Daneben finden verschiedene Sonderveranstaltungen aller Art statt und berufliche Zusammenkünfte statt. Ferner wird „Kaisers der Welt“ in der Gesamtübertragung von Wien im Stadtheater aufgeführt. Dabei haben Angehörige von 41 Staaten über Teilnahme in Nürnberg gestellt. — Geh. Rat Dr. Heinrich Bölling, der hervorragende Sprachforscher, wird seinen Münchener Schulfilm ansetzen und in jenem Gebiete — er ist kürzlicher Staats-angehöriger, obwohl schon sein Vater Edward Bölling als Alt-schulreife viele Jahre an der Münchener Universität als Latinist gelebt hat — als gesammelter Forscher und literarischer Tätig-keit werden. Er wird seinen Wohnort in Paris nachher Bölling von 1900 bis 1922 an der Berliner Universität als Lehrer

dienst zu übernehmen — keinerlei Arbeitsleistung zu verrichten und ihnen keine Lebensmittel zu liefern. Die Folge war eine Hungerblockade gegen die Familien der beiden Lehrer, die nicht einmal vor dem einjährigen Kinde des zweiten Lehrers haltmachten!

Dazu kamen noch Schikanen anderer Art, wie die gewaltsame Wegnahme des Schulgartens, die Fällung von Obstbäumen, deren Ertrag den Lehrern seit Jahr und Tag gebührt, und gemeine Verleumdungen. Obgleich die Regierung in Kassel dem Gemeindevorstand eine Verfügung mit der Aufforderung zur Rückgabe des Schulgartens zustellte, verweigerte der Bürgermeister die Erfüllung dieses Begehrens. Weber die Regierung in Kassel noch der Landrat in Marburg waren mächtig genug, um den Eigensinn der Bauernschädel in Gohfelden zu brechen!

Die Krone wird dieser gemeinen Menschenjagd dadurch aufgehebt, daß der famose Pfarrer des Dorfes seine Hand schützend über die widersehligen Bauern hielt. Kein Wunder, denn die Bauern wollten die Schule wieder in die Gewalt der Kirche bekommen, und der Pfarrer war ihnen dabei natürlich behilflich, weil die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht ihm ein Dorn im Auge ist.

Dieser Hege war der greise Lehrer nicht gewachsen; ihn warf dieser Streit aufs Krankenlager, er wurde gemütskrank. Die Bauernschädel aber und ihr Jünger Christi verharrten auf ihrem Standpunkt, auch als der Landrat von Marburg sich persönlich um die Schlichtung des Streites bemühte. Das war zuviel für den greisen und gebrochenen Mann. Tags darauf machte er seinem Leben freiwillig ein Ende.

Diese Tragödie hat insbesondere unter den heftigsten Lehrern die größte Erregung hervorgerufen, weil der Lehrer von Gohfelden nicht der einzige Lehrer in Hessen ist, der von der Herrschaft ihrer agrarischen Gemeindeglieder bedrängt wird. Der erschütternde Vorfall hat blickartig hineingeleuchtet in die Zustände, die noch im Reiche des Herrn Voelck möglich sind. Wird die Regierung und die Kirchenbehörde die Schuldigen an dieser Tragödie richtungslos zur Rechenschaft ziehen, die Gemeindeverwaltung wegen Nichterfüllung dienstlicher Anweisungen, und den Pfarrer deshalb, weil er gerade das Gegenteil von dem getan hat, was seines Amtes sein sollte? —

## Meldungen von der Ruhr.

Mit Sauerstoff und Widen.

In Mainz haben die Franzosen aus der Reichsbank, die sie bereits seit längerer Zeit besetzt halten, das vorhandene Geld geraubt. Wie es heißt, wurden die Tresore unter Leitung von Pariser Spezialisten mittels Sauerstoffapparaten und Widen aufgebrochen. Das Geld, dessen Höhe sich auf 25 bis 50 Milliarden Mark belaufen dürfte, wurde auf Lastautomobilen weggeführt.

Betriebsbesetzung und Proteststreik.

In der Frühe des Mittwochs wurde der Bochumer Verein abermals von den Franzosen besetzt. Die Arbeiterschaft legte geschlossen die Arbeit nieder und verließ sofort das Werk. Die französisch-belgische Ingenieurkommission hatte schon vor einigen Tagen dem Bochumer Verein mitteilen lassen, daß keinerlei Verhandlung stattfinden dürfe, da sie beabsichtige, einen Teil seiner Vorrate zu beschlagnahmen. Mit der erneuten Besetzung des Bochumer Vereins steht auch die erfolgte Verhaftung des Direktors Schreiber in Verbindung, gegen die der Betriebsrat Protest eingelegt hat. Schreiber ist schweizerischer Nationalität.

Verurteilter Reichsbank-Kassierer.

Vor dem Militärpolizeigericht in Effen hatte sich am Dienstag der Kassierer der Reichsbank, Schüber, wegen Nichtausführung eines von der Besatzungsbehörde gegebenen Befehls zu verantworten. Schüber hatte bei der letzten Besetzung der Reichsbank dem französischen Kommando, als dieses den Schlüssel zum Tresor verlangte, einen Schlüssel gegeben, dessen Anwendung einen Mechanismus an dem Schloß in Tätigkeit setzte, durch den das Schloß zertrat und unbrauchbar wurde, das es bislang trotz aller Anstrengungen nicht hat geöffnet werden können. Das Gericht verurteilte den Reichsbank-Kassierer zu zwei Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe.

Die Frau eines Güttendirektors in Witten war zu vier Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil sie eine ihr durch die Post zugehende verbotene Zeitung angenommen hat. Das Urteil wurde vom Revisionsgericht Düsseldorf bestätigt.

Neue Verhaftungen und Ausweisungen.

Aus Kaiserslautern ausgewiesen wurden Brauereidirektor Leffner, Regierungsrat Dr. Meißner, Kriminalkommissar Hoffmann, Polizeikommissar Lüttig. Verhaftet wurde der italienische Rechtsrat Dr. Keeber. Ferner wurden wieder 21 Eisenbahner ausgewiesen. Die Familien müssen nach drei Tagen unter Zurücklassung der Möbel folgen.

Aus Duisburg sind vier Leutnants der Schutzpolizei ausgewiesen worden, weil ihre Beförderung zum Leutnant dem belgischen Kommando nicht mitgeteilt worden war.

Am Dienstag hat der stellvertretende Landrat des Kreises Söblich, Schmidt, vom Kreisdelegierten den Ausweisungsbefehl erhalten. Er mußte Gschäht verlassen.

## Frauen und Kinder mißhandelt.

In Erlangen, der kleinen Universitätsstadt bei Nürnberg, fand vor kurzem ein Arbeiterturnfest statt. Die „Kaiserlichen Verbände“ veranstalteten schleunigst eine Zusammenkunft und zogen dazu ihre Sturmtruppen zusammen, die auf ihre Weise den „Marxismus“ bekämpften. Einer Schändung der Zusammenkünfte entnehmen wir folgende Episode:

Zwischen einigen Arbeitern und drei Gaskreuzkern kam es zu Auseinandersetzungen. Die Wertscheine hatten Verhaftung, zuerst 200 und dann 700 Mann. Diese Streitmacht umzingelte planmäßig das ganze Arbeiterviertel, erbrach Türen und Wohnungen. Die erschreckten Bewohner sprangen zu den Fenstern hinaus und mußten zusehen, wie ihre Frauen und Kinder mißhandelt wurden. In den Wohnungen wurden Schränke, Kommoden und Betten durchwühlt, nachdem man mit Äxten die Türen und Fenster eingeschlagen hatte. Der Frau eines Arbeiters nahm man drei Hemden ab. Einer anderen Frau riß man die Schürze vom Leib und warf die Schürze in den Ludwigskanal. Die mißhandelten Frauen beschimpfte man im Weisheit deren Kinder als „Kommunistenmenschen“ und „Franzosenkinder“. Das elfjährige Kind des Kommunistenführers Ehrhardt wurden mit einem Gummirollen über das Gesicht geschlagen, ebenso ein andres 8 Jahre altes Mädchen, das sein dreijähriges Brüderchen aus der gefährlichen Umgebung retten wollte. Auf das schwerste mißhandelt und beleidigt wurden auch die Polizeimannschaften, die gegen

die Gaskreuzer vorgingen. Ein Kriminalbeamter wurde zu Boden geworfen und von fünf bis sechs Mann bearbeitet. Ja man ging so weit, daß man das ganze eng aneinander liegende Häuserviertel in Brand stecken wollte, indem man einen Holzstoß anzündete. Nur dem Eingreifen der Polizeimannschaften war es zu danken, daß das nicht durchgeführt werden konnte. Es wurde aber die Drohung laut, daß man in 14 Tagen wiederkommen will, und „dann räuchern wir das ganze Nest aus“.

**Dollar** Vorlehter Kurs in Newyort 465 000 660 000 Mt.  
lehter Kurs in Newyort

## Raubzug der französischen Industrie

Die Rede gegen die Vertrufung der rheinisch-westfälischen Industrie, die Poincaré gelegentlich der am verflohenen Sonntag fällig gewordenen Denkmaleinweihung gehalten hat, bekommt ihren pikanten Reiz durch eine Artikelserie, die der Wirtschaftspolitiker Francois Delaissi im „Manchester Guardian Commercial“ veröffentlicht.

Delaissi konstatiert nichts mehr und nichts weniger als die große Invasion, die die französische Schwerindustrie in Ausführung der Politik des „Comité des Forges“, dem Konzern der Güttendindustrie, in Verbindung mit einer Bankengruppe, an deren Spitze die Union Parisienne steht, auf dem Kontinent planmäßig unternommen hat. Dadurch ist vorerst mal der größte Teil der schwerindustriellen Unternehmungen der Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie in französische Hand gekommen, z. B. die österreichischen Berg- und Güttendwerke mit ihren Hochofen und Stahlwerken in der Gegend von Leoben, die bekannten Skoda-Werke in Pilsen und die Ruston-Bromowji-Werke.

Während die genannten Unternehmungen allein durch Schneider-Creuzot geschluckt worden sind, hat diese Großunternehmung von 1920 ab gemeinsam mit der großindustriellen nordfranzösischen Empain-Gruppe, nachdem für diese Expansionszwecke eine besondere Bank, die Union Européenne, gegründet worden war, die Mehrheit der Prager Eisenindustrie, der Pantraz-Gruben, der Sadeez-Kralowec-Stahlwerke, weiter, auf dem Wege über die Prager Zibustonska-Bank, diejenige der Weitzer Magnesit-Werke und endlich die Mehrheit der Gruben- und Eisenwerke des früheren Erzherzogs Friedrich in Mährijah-Dstraun in französischer Hand gebracht. In der Einflußnahme größten Stils in der Tschechoslowakei, die das Kernstück der Stahl- und Eisenindustrie des Landes umfaßt, kam die Einflußnahme auf die Guta-Bankowa-Werke in Polnisch-Schlesien. Anschließend wurde durch die schon genannte Union Européenne Hand auf die ungarische Allgemeine Kreditbank und damit auf die öffentlichen Arbeiten in Ungarn, in Jugoslawien, ebenso auf die Kroatische Generalsparkasse gelegt und auch in Ungarn mittels besonderer Gesellschaften Interessen gewonnen.

Die Invasion der französischen Schwerindustrie ist keineswegs abgeschlossen und beweist nur, daß die französische Idee der Kleinen Entente absolut nicht nur der Sicherung Frankreichs, sondern auch seiner wirtschaftlichen Expansion dient.

Lehrreich für die deutsche Arbeiterschaft, die im Ruhrgebiet im Kampfe gegen den französischen Imperialismus steht und die niemals verkennen darf, daß, wenn sich die an und für sich durchaus notwendige deutsch-französische Wirtschaftsverständigung so vollzieht, daß Frankreichs Wirtschaftsinteressen in der rheinisch-westfälischen Montan- und Eisenindustrie ausschlaggebend sind, gerade die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft die Kosten des Wirtschaftskrieges zu bezahlen haben wird.

Vor allen Dingen hätte also Poincaré am Sonntag Gelegenheit gehabt, seine Antitrustrede auch gegen die französischen Unternehmungen zu richten. Wenn er tatsächlich der Antitrustmann ist, der in den industriellen Zusammenhängen eine europäische Gefahr sieht, warum legt er sich dann nicht die Frage vor, welche Ursachen die Vertrufung in Deutschland ermöglicht haben? Die Konzentrationen sind bei uns oft wohl- und ziellos erfolgt. Das gilt besonders für die Konzentration der Stinnes-Gesellschaft. Es hat bei diesen wirtschaftlichen Kombinationen oft der Zwang vorgeherrscht, die wertlos werdende deutsche Papiermark unterzubringen. Das war nur möglich infolge der deutschen Inflation und angesichts dieser hat Poincaré nur alle Ursache, sich an die Brust zu schlagen.

Ohne die Widersinnigkeiten des Versailler Vertrags, die so ungeheuerlich sind, daß die Entente es nicht wagte, sie überhaupt zu verwirklichen, ohne die übertriebenen Forderungen des Diktats von Spa, ohne die Absurditäten des Londoner Zahlungsplans, ohne die Ruhrinvasion, die den Dollarkurs in Deutschland in den Millionenzahlenraum trieb, hätte die Markentwertung, weil in der deutschen Wirtschaft für das Ausmaß keinerlei hinreichende Begründung vorhanden ist, niemals das gegenwärtige Tempo annehmen können.

## Notizen.

General Mangin, der Freund und Förderer der Sonderhändler. Die „Humanität“ macht Mitteilungen über bisher unbekannt Zusammenhänge zwischen den rheinischen Sonderhändlern und dem General Mangin. Nach der „Humanität“ ist der „Reinische Herold“ im August 1920 durch General Mangin in eine Lagerschleife umgewandelt worden. Er habe seine Anwesenheit in Grotto, Belgien und in der „Ere Nouvelle“ regelmäßig über die Aufgangspunkte (schreibt) damit beauftragt, Forten mitzuteilen, er habe ihm ein sehr interessantes Gesicht vorzuzeigen. Die Verhandlungen seien nach zum Abschluss gekommen und viel habe dorten im Namen des Generals Mangin die Summe von 250000 Frank übermitteln, um Propaganda zwecks Verwirklichung separatischer Pläne zu machen. Man werde begreifen, daß es nicht sehr leicht gewesen sei, daß er dieses Geld auf dem Markt der rheinischen Unbekanntheit gespart habe.

Reichstagskassungen im August. Nach Vernehmung der Reichspräsident mit der Regierung und den Parteiführern hat, wird der Reichstag im Laufe des Monats August einberufen. Der Tag läßt sich noch nicht genau feststellen, weil die gesetzgebenden Maßnahmen, die zum Schutze der Wahrung geplant sind, in Woche erst das Reichstabinett und den Reichsrat passieren müssen, ehe sie für den Reichstag beratungsfähig werden. Mit dieser Beratung wird sich dann selbstverständlich auch eine politische Aussprache über die äußere und innere Lage verbinden.

Revolutions-Ausstellung in Berlin. Der Berliner hat beschlossen, zur Erinnerung an die Märzrevolution von 1848 im Märkischen Museum eine Ausstellung zu veranstalten, die am Verfassungstag, dem 11. August, eröffnet werden soll. Die Ausstellung wird an der Hand von amtlichen Bekanntmachungen, Zeitungschriften, Urakten, handschriftlichen Reuassisen aus den Akten und bildlichen Darstellungen einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse des Jahres 1848 geben.

105 Millionen Goldmark Goldanleihe. Wie nunmehr feststeht, wird die Goldanleihe des Reiches serienweise in einer Gesamthöhe von 105 Millionen Goldmark ausgesetzt werden. Die Ausgabe der ersten Serie beginnt Anfang August, der Ausgabekurs wird 95 Prozent sein. Der Anleihe sind 42 Goldmark = 1 Dollar zuzurechnen. Die einzelnen Stücke lauten auf 21, 42, 105, 210 und 420 Goldmark. Einbezahlt wird die Anleihe in Papiermark. Nach wie vor ist der Vorwurf gegen diese Anleihe zu erheben, daß ihre Einnahme viel zu groß ist. Denn das kleinste Stück beläuft sich gegenwärtig auf rund 3 Millionen Papiermark. Für die kleinen Leute kommt die Zeichnung dieser Anleihe abermals nicht in Frage; auch sie bedeutet nur eine Veräußerung für die Papiermarkbesitzer.

Ein kommunistischer Abgeordneter verschwunden. Wie der Pariser „Matin“ mitteilt, ist der kommunistische Abgeordnete Georges Lebey der vor acht Tagen aus Moskau zurückkam und sich bei der französischen Kontrollstelle an der Röhler Straße gemeldet hat, verschwunden. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

Der Prozeß gegen Dehme. Der Prozeß gegen den Berliner Journalisten Walter Dehme, der beschuldigt ist, Nachrichten, die das Interesse des Reiches schädigen, an deutsche und ausländische Zeitungen weitergegeben zu haben, ist auf den 1. Oktober d. J. vor dem Reichsgericht anberaumt. Dehme hat gegen diesen späten Termin durch seinen Rechtsanwalt protestieren und mitteilen lassen, daß er in den Hungerstreik treten werde, falls nicht bis zum 31. Juli der Prozeß eröffnet sein würde.

Fälischer Anbach bleibt in Haft. Eine vom Justizrat Franck und Rechtsanwalt Kharasewitsch gestellte Antrag auf Haftentlassung des seit 2 1/2 Jahren in Untersuchungshaft befindlichen politischen Dokumentenführers Erich Anbach ist vom Berliner Landgericht abgelehnt worden. Ebenso wurde der Antrag der Verteidigung auf Zusammenlegung der Anklage wegen der politischen Spionage mit den übrigen Dokumentenführungen abgelehnt. Die Bewachung Anbachs im Untersuchungsgefängnis ist eine sehr strenge. Das Gericht hat die Anordnung getroffen, daß außer den Verteidigern niemand Sprecherelaubnis für Anbach erteilt werden darf.

Die erste Frau als Gemeindevorsteher. Die Gemeindevertretung von Schandemühlhammer wählte an Stelle ihres bisherigen Gemeindevorstehers Hse vom Magistrat Schneidermühl einstimmig dessen Ehefrau zum Gemeindevorsteher. Die Wahl ist vom Landrat in Teutlich-Krone bestätigt worden.

Goldwährung in Russland. Durch Verfügung des obersten Volkswirtschaftsrats ist die Goldrechnungswährung bei der russischen Staatsindustrie eingeführt. Die Leitungen sämtlicher Zentrale sind gehalten, ihre Vermögensbilanzen in Goldrechnungswährung nach dem Kurse der Moskauer Börse aufzustellen.

Durch Moskau beschlagnahmter deutscher Dampfer. Auf Anordnung der Moskauer Zentralbehörden wurde in Arjangelsk der eingelaufene deutsche Dampfer „Merkur“, der früher der russischen staatlichen nordischen Reederei gehörte und von der Entente später an Deutschland verkauft wurde, als russisches Eigentum erklärt und beschlagnahmt.

## Depeschen.

Alle Umzüge verboten.

M. Magdeburg, 26. Juli. Die Meldebelle des Oberpräsidenten teilt mit: Der Oberpräsident hat an die Regierungspräsidenten der Provinz Sachsen folgenden Erlaß gerichtet:

Auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung hat der Herr Minister des Innern durch Erlaß vom 24. Juli 1923 alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge wegen unmittelbarer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit für das Gebiet des Freistaats Preußen bis auf weiteres verboten.

Die Herren Regierungspräsidenten erlaube ich, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß dieses Verbot auf das strengste befolgt wird.

Landarbeiterstreik im Kreis Osterburg.

Osterburg, 26. Juli. In 32 Orten des Kreises Osterburg haben seit Mittwoch früh die Landarbeiter im Streik. Sie kämpfen für einen angemessenen Lohn gegen die Selbstherrlichkeit der Unternehmer. In Barlohn wurde bisher nur der lächerlich geringe Betrag von 3400 M. die Stunde gezahlt. Bei den Lohnverhandlungen waren die Arbeitgeber nur zu einer Verhöhnung dieser Summe bereit. Trotz der Warnungen der Vertreter des Landarbeiterverbandes zeigten sich die Unternehmer nicht geneigt, über dieses völlig ungenügende Angebot hinauszugehen. Deshalb iraten die Landarbeiter in den Streik für eine Ausgleichung der Barlohn an die rasende Teuerung.

Der Breslauer Metallarbeiterstreik.

Breslau, 26. Juli. Der „Schlesischen Zeitung“ zufolge führen die Verhandlungen wegen Beilegung des Metallarbeiterstreiks zu einer Verständigung. Die Urabstimmung hierüber soll mit möglicher Beschleunigung erfolgen.

Eine halbe Million Tageslohn.

Hamburg, 26. Juli. Für die im Hamburger Hafen beschäftigten Arbeiter steht ein Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses für die Zeit vom 5. bis 11. August einen Tageslohn von einer halben Million vor.

Praktische Verlängerung der Grenzsperr.

Kachen, 26. Juli. Nach einer Verfügung des hiesigen belgischen Kreisdelegierten wird der Stempel für die Ausreise in das unbefestete Deutschland bis zum 15. August nur erteilt, wenn erst die Grüns vorliegen, die die Anwesenheit des Antragstellers im unbefesteten Gebiet in Handels-, Industrie- oder privaten Angelegenheiten erfordern. Damit ist praktisch die am 26. Juli abgelaufene Grenzsperr, wenigstens für den hiesigen Bezirk, bis zum 15. August verlängert worden.

Die Arbeitslosigkeit in England.

London, 26. Juli. Die Industriegruppe des Unterhauses richtete einen Brief an den Premierminister, in dem auf die ernste wirtschaftliche Lage Europas infolge der Ruhraktion hingewiesen wird. Die Zahl der Arbeitslosen werde voraussichtlich bald auf 1 1/2 Millionen gestiegen sein. Die Regierung wird aufgefordert, durch Branthaltung umfangreicher Arbeiten, wie der Elektrifizierung der Eisenbahnen usw., neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

## Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Verkaufspreis gleich Grundpreis x Schlüsselzahl der Buchhändler z. B. 25 000  
Zur Abholung Hezen bereit:  
Verkaufsstelle: Verlagsanstalt Dr. M. Weidmann Nr. 30.  
Theaterstraße.  
Geöffnet von 10 bis 11 und 3 bis 6 Uhr.  
Verkaufsstelle: Verlagsanstalt Dr. M. Weidmann, Theaterstraße.  
Verkaufsstelle: Verlagsanstalt Dr. M. Weidmann, Theaterstraße.  
Verkaufsstelle: Verlagsanstalt Dr. M. Weidmann, Theaterstraße.

